

Freddy CREMER (ProDG)

PDG, 12. Dezember 20234

Abschließende Diskussionsrunde

Es gilt das gesprochen

Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament

Gestern sagte Kollegin Stiel, die Mehrheitsmitglieder sollten aufhören, Lobeshymnen auf die Regierung zu singen. In der 2. Diskussionsrunde am ersten Tag der diesjährigen Haushaltsberatungen machte Kollege Balter mir den Vorwurf einer zu großen Regierungs-Obedienz.

Wörtlich sagte er: „Herr Cremer, ich möchte das auch mal kurz für die neuen Kollegen hier im Hause betonen, nämlich eigentlich ist es Aufgabe der Abgeordneten die Regierung zu kontrollieren und nicht, ihnen Blumen zuzuwerfen. *Herr Cremer erzähle ich das alle Jahre wieder. Und alle Jahre wieder wirft Herr Cremer der Regierung Blumen zu, anstatt die eigentliche Aufgabe, verfassungsmäßige Aufgabe, hier durchzuführen, nämlich die Regierung als Abgeordneter zu kontrollieren.*“

Diese Aussage ist in der Tat nicht neu, sie wird jährlich in einer abgeänderten Variante präsentiert. Vor zwei Jahren betitelte Kollege Balter mich als „Sprecher der Regierung“.

Auf diesen Vorwurf, der übrigens auch von Kollege Mertes zu Beginn des Jahres in einem Leserbrief in etwas abgeänderter Form an meine Adresse kolportiert wurde, habe ich nur eine Antwort.

Kollege Balter hat nicht den Hauch einer Ahnung von der Funktionsweise und der Arbeitsmethode der Politik auf Mehrheitsebene. Woher will er das auch wissen, die Oppositionspolitik ist seine DNA.

Ich bin keineswegs derjenige, der unkritisch Regierungsstandpunkte wiedergibt. Es gibt auf Mehrheitsebene eine breite Konzertierung, *die von der Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen wird*: eine Vielzahl an Tagungen und Arbeitssitzungen, wo Mehrheitsparlamentarier und Regierungsmitglieder sehr kritisch diskutieren und versuchen, die besten Lösungen zu finden. Das tun wir in den regelmäßigen Koalitionsrunden und Koalitionsausschüssen, in den Klausurtagungen zu Beginn einer Sitzungsperiode. Das tun wir, wenn die Mehrheitsvertreter aus jedem Fachausschuss sich mit dem jeweiligen Fachminister treffen. Das tun wir, genau wie die Oppositionsfraktionen, in jeder Regierungskontroll- und in jeder Ausschusssitzung.

Diese Arbeitsmethode führt keineswegs dazu, wie Kollege Mertes im Februar meinte, dass die Mehrheitsfraktionen die Regierungskontrolle aus dem Parlament auslagern. Das hat auch nichts mit konspirativen Treffen zwischen Regierung und Mehrheitsfraktionen zu tun, nichts geschieht im stillen Kämmerlein“.

Das ist ganz einfach das A und O der Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie. Nicht nur in der DG, auf der ganzen Welt ist das so.

Kollege Balter, ich muss mich also nicht an diesem Rednerpult medienwirksam in Szene setzen, mich in der Pose eines selbstgefälligen Zampanos gerieren, demagogisch herumbalern und auf die Regierung eindreschen. *Dabei wäre es sicher ein medienwirksamer Husarenstreich, wenn ich an diesem Rednerpult die Regierung und das Regierungsprogramm in Bausch und Bogen kritisieren würde.*

Das mag ihrem Politikverständnis entsprechen, mein Politikverständnis folgt nicht diesem Muster, meine Aufgabe sehe ich anders und mein politisches Selbstverständnis orientiert sich an anderen Parametern.

Ich versuche es noch einmal kurz dazulegen. Am Montag habe ich nichts anderes getan, wie übrigens alle Mehrheitskollegen in den vergangenen vier Tagen, als an diesem Rednerpult den von der Regierung hinterlegten Haushalt zu verteidigen.

Das habe ich getan, weil der Haushalt nichts anderes ist, als das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm, das am 16. September von Ministerpräsident Oliver Paasch vorgestellt wurde und das auf dem Abkommen der Koalitionspartner fußt.

Würde ich also diesen Haushalt ablehnen, käme das einer Ablehnung des Regierungsprogramms und ipso facto des Koalitionsabkommens gleich. Dann müsste ich diese Mehrheit verlassen ... und im Worst-Case-Szenario, hier kann man wirklich diesen Begriff gebrauchen, bei der Vivant-Fraktion um politisches Asyl ersuchen.

Ich versichere Ihnen, ich fühle mich sowohl in dieser Mehrheit als auch in der ProDG-Fraktion gut aufgehoben; und zudem bin ich nun wirklich nicht gewillt, ihr liturgisches Violett der Buß- und Bettage anzulegen.

Nun zu einigen inhaltlichen Aussagen

Mich erstaunt immer wieder, mit welcher Nonchalance so mancher Oppositionspolitiker die finanziellen Auswirkungen der verschachtelten Krisen der letzten Jahre negiert, so als handele es sich dabei nur um einen winzigen finanzpolitischen Fliegenschiss, um den man nicht so viel Aufhebens machen sollte. Das fällt m.E. schon in die Rubrik **„Realitätsverdrängung“** oder aber es ist ein Indiz fortgeschrittenen **Gedächtnisverlustes**.

Ich möchte etwas näher auf Aussagen der Vivant Kollegen Peters und Mertes in der Diskussionsrunde von Dienstag, in der der Kulturhaushalt diskutierte wurde, eingehen.

Nach einem stereotypischen Lippenbekenntnis zur Bedeutung der Kultur in der Gesellschaft meinte Kollegin Peters, dass 11 professionelle Kulturproduzenten, die mehrere Millionen Euro Zuschüsse erhalten, für das kleine Ostbelgien doch zu viel seien. Im Kulturbereich werde nicht gespart und im Gegensatz zum Kindergeld werde der Index nicht ausgesetzt. Agora erhalte am meisten und sei eine „heilige Kuh“. Munter fuhr Herr Mertes fort und stellte die „Anbieter sogenannter elitärer Angebote“ – namentlich genannt wurden das IKOB, das Zentrum für moderne Kunst, und das Theater Agora, die im Fünf-Jahres-Zeitraum von 2019 – 2023, respektive 1,3 Millionen und 3,3 Millionen Euro erhalten haben, an den Pranger.

Wörtlich sagte Herr Mertes: „Warum man in der DG so hohe Zuschüsse für Nischenangebote zahlt, ist mir schleierhaft, denn das Interesse in der Bevölkerung ist nicht so hoch, dass es diese Beträge rechtfertigt. Eigentlich sollten die Bürger über die Besucherzahlen entscheiden, was ihnen wichtig ist und was nicht.“

Obwohl Herr Mertes keinerlei Zahlen zu den Besucher- oder Zuschauerzahlen – nannte, stand die Meinung der beiden Vivant-Kollegen fest. Es war offensichtlich: Agora und IKOB sind den beiden ein Dorn im Auge.

Über das limitierte, sich nur an quantitativen Kriterien orientierende Kulturverständnis der beiden Kollegen möchte ich mich nicht aussprechen, das soll jeder selbst beurteilen.

Aber dass sie renommierte Kulturakteure auf Zuschussempfänger reduzieren, kann ich nicht unwidersprochen stehen lassen. Längst hat man überall das Potential und den Beitrag der Kultur- und Kreativwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung erkannt. Auch in der deutschsprachigen Gemeinschaft. Und ohne die Werke und Leistungen der Schriftsteller, Komponisten, Musiker, Bühnenkünstler, Filmemacher und bildenden Künstler gäbe es keine Kultur- und Kreativwirtschaft. Sie sind Urheber, sie sind Originärproduzenten.

Das gilt auch für die kleine DG. Am 2. März 2021 wurde in Ausschuss II die zweite Studie zur Kreativ- und Kulturwirtschaft, erstellt durch Michael Söndermann, der das Büro für Kulturwirtschaftsforschung in Köln leitet, vorgestellt. Schon 2013 lag der Anteil der Kultur- und Kreativwirtschaft an der Bruttowertschöpfung in der DG bei 2,5 Prozent. Dieser Anteil ist im Laufe der Jahre noch weitergewachsen und habe sich auch in Ostbelgien zu einem eigenständigen Wirtschaftsfaktor entwickelt.

Wenn Sie schon den Reichtum der kulturellen Vielfalt in unserer Gemeinschaft nicht erkennen und zudem meinen, einen Keil zwischen „elitären Kulturanbietern“ und den anderen Kulturschaffenden treiben zu müssen, dann nehmen sie doch bitte zumindest diesen ökonomischen Aspekt zur Kenntnis.

Ich bin sicher, dass Ihnen diese Studien vollkommen unbekannt sind. Bitte dokumentieren sie sich, bevor sie solche Thekensprüche am Rednerpult dieses Hauses klopfen.

Durch solche Äußerungen dokumentieren sie lediglich, dass Sie von kultureller Vielfalt nicht die geringste Ahnung haben. Das wäre nicht dramatisch, wenn der Autor dieser Äußerungen nicht gleichzeitig auch der Vorsitzende des Kulturausschusses dieses Parlaments wäre. Ich hoffe nur, dass Sie in dieser Funktion niemals als Kulturbotschafter unserer Gemeinschaft anderenorts auftreten werden. Es wäre schade für unsere Gemeinschaft und für unsere Kulturschaffenden.

In Ostbelgien besteht ein bunter Mix aus professionellen Kulturgestaltern und einem breiten Netz von Amateurkunstvereinigungen. Viele ostbelgische Künstler aus allen Kunstsparten sind weit über die Grenzen unseres Gebietes bekannt. Sie sind im wahrsten Sinne Botschafter unserer Gemeinschaft. Und über die Kultur ist die Welt zu Gast in unserer Gemeinschaft. Kultur trägt dazu bei, dass unsere Gemeinschaft eine offene Gemeinschaft ist. Die reichhaltige Kulturlandschaft ist ein wesentlicher Standortvorteil und macht Ostbelgien lebendig.

Herr Minister Freches, ich schlage vor, dass im Laufe der Legislatur, diese Studie neue aufgelegt wird. Und Sie, Kollege Mertes, bitte ich, die von Ihnen genannten Kulturträger IKOB und Agora in den Ausschuss II einzuladen, damit diese zu den von Ihnen gemachten Vorwürfen Stellung beziehen können. Dort kann dann über alles völlig tabulos und offen diskutiert werden.

Genauso polarisierend sind sie, wenn Sie einen Keil zwischen Breitensportangeboten und Leistungs- und Spitzensport treiben. Beide stehen sich nicht konkurrierend gegenüber, sondern ergänzen und bereichern sich gegenseitig.

Auch an den Bemühungen der DG zur Erhaltung wertvoller Bausubstanz, sei es das Heidberg Kloster, sei es die Eyneburg, seien es die archäologischen Funde in St.Vith lässt Vivant kein gutes Haar.

Wie man den Mitgliedern von Ausschuss II anlässlich unseres Besuches der Ausgrabungsstätte im Mai erklärte, wird es ganz entscheidend darauf ankommen, wie die Inwertsetzung vonstattengehen wird. Diese gibt es aber nicht zum Nulltarif. Hier kann ein deutlicher nachhaltiger Mehrwert für die Attraktivität der Stadt St.Vith geschaffen werden. Aber dafür bedarf es kreativer und mutiger Ideen. Alles Dinge, von denen ich bei Vivant nicht die geringste Spur entdeckt habe

Sollen etwa die Kulturfrevel der Vergangenheit fortgesetzt werden. Der Abriss des Scheibler-Hauses in der Eupener Unterstadt Anfang der 1970er Jahre und der in den 1980er Jahren erfolgte Abriss des ehemaligen Herbesthaler Bahnhofs, der als einer der schönsten in ganz Europa galt, sind für Vivant noch nicht Kultursünden genug. Ich hoffe sehr, dass solch ein kultureller Dilettantismus in diesem Hause keine Schule macht. Mit Vivant würde die DG zu einer kulturellen Brache verkümmern.

Kultur ist kein schmückendes Beiwerk, das man sich in wirtschaftlich fetten Jahren leistet, um dann in wirtschaftlich mageren Jahren dort zuerst den Rotstift anzusetzen.

Ganz anders Kollege Klinkenberg, Sie wollen den Geldhahn so richtig aufdrehen und in der Erwachsenenbildung, der Demokratiepädagogik, der Kultur, der Jugendpolitik, dem Tourismus, dem Sport... die Mittel substanziell erhöhen.

Manchmal hatte ich allerdings den Eindruck, als würden Sie mit Verve Sachen fordern, die längst schon seit vielen Jahren da sind.

Sie fordern im Bereich Tourismus, dass langfristige Strategien her müssen, dass gleichzeitig auf Umweltfreundlichkeit, Regionalität und die Einbindung der lokalen Bevölkerung gesetzt werden soll. Den Besuchern müssen authentische Erlebnisse, die in Einklang mit der Natur stehen, geboten werden. Nachhaltiger Tourismus setze auf den Schutz der Umwelt, die Förderung der Wirtschaft und der Wahrung der kulturellen Traditionen.

Ich habe die Verantwortlichen der TAO, der Tourismusagentur Ostbelgien, im Laufe der letzten Jahre schon oft im Ausschuss angehört... und ich kann Ihnen versichern, dass das, was Sie da fordern, schon seit langem umgesetzt wird.

Für die Schwimmbäder fordern Sie die Erhöhung der Zuschüsse. Der Betrieb eines Schwimmbads sei eine „überörtliche“ Aufgabe und daher dürfen die Kosten nicht allein den Trägergemeinden aufgebürdet werden. Da sprach natürlich auch der ehemalige und neue Sport-Schöffe der Gemeinde Kelmis.

Die Schwimmbäder werden uns auch in dieser Legislatur beschäftigen.

Besser wäre gewesen, man hätte vor etwa 15 Jahren die Idee eines einzigen gemeinsamen Schwimmbades für die vier nördlichen DG-Gemeinden verwirklicht, anstatt auf den Bau eigener Schwimmbäder in Kelmis und in Eupen zu beharren.

Es wäre für alle Kommunen kostengünstiger gewesen und die Gemeinschaft müsste nicht – wie es inzwischen in solchen Fällen scheinbar zur Selbstverständlichkeit geworden ist – als finanzpolitischer Feuerwehrmann eingreifen.

Auch in diesem Jahr bleibt **das haushaltspolitische Paradoxon** der Opposition bestehen. Ein beredtes Beispiel bieten die Zuständigkeiten von Ausschuss II. Während Vivant in der Kultur und im Sport signifikant sparen will, plädierte der Sprecher der SP-Fraktion für eine drakonische Erhöhung der Finanzmittel in all diesen Zuständigkeiten. So viel ist sicher, allen wird es die Regierung nicht recht machen können.

Freddy Cremer (ProDG)

PDG, 12. Dezember 2024

